

Regierungsratsbeschluss

vom 2. Juli 2013

Nr. 2013/1366

Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte Schreiben an die Bundeskanzlei, 3003 Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 8. März 2013 gelangte die Bundeskanzlerin an die Kantonsregierungen und ersuchte um eine Stellungnahme zum Vorentwurf einer Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte. Die Staatskanzlei hat die Stellungnahme vorbereitet und legt sie zur Beratung und Beschlussfassung vor.

2. Beschluss

Das Schreiben an die Bundeskanzlei betreffend Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte wird beschlossen.



Andreas Eng
Staatschreiber

Beilage

Schreiben an die Bundeskanzlei vom 2. Juli 2013

Verteiler

Staatskanzlei (Stu 2)
Ratsleitung (8)
Medien (jae)